

Jędrzej Chumiński (*Wrocław*)

DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER POLNISCHEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITERVERTRETUNGEN IN DEN JAHREN 1944-1945

1. DIE POLNISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG VOR 1939

Charakteristisches Merkmal der polnischen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen war ihre organisatorische Zersplitterung. Damals waren 71 Gewerkschaftszentralen und 1944 Gewerkschaftsverbände tätig; diese Zahlen berücksichtigen alle registrierten Organisationen, unabhängig von ihrer Mitgliederstärke und der Dauer ihres Wirkens. Viele von ihnen waren ephemere und hatten kaum mehr als 100 Mitglieder. Häufig waren sie das Erbe aus der Zeit der Teilung Polens. Wie Stanisław Rychliński im Jahre 1929 bemerkte, war ihre Existenz die Konsequenz „der Unterschiede, die in der Weltanschauung der arbeitenden Massen in den einzelnen Teilungsgebieten vorhanden waren, hervorgerufen durch die Tätigkeit unter den verschiedenartigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen eines jeden Teilgebiets“¹. In den ersten Jahren nach der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit Polens existierten u.a. 31 Arbeiterzentralen in den drei Landesteilen. Noch 1925 verzeichneten Statistiken des Arbeits- und Sozialministeriums 60 Verbände, deren Wirkungsfeld nur das Territorium eines der einstigen Teilungsgebiete umfaßte; hinzu kamen 73 Bezirksverbände, die nicht über die Grenzen einer Wojewodschaft hinaus tätig waren. Die meisten von ihnen verschwanden jedoch mit dem fortschreitenden Prozeß der Integration Polens. Ein Faktor, der die organisatorische Zersplitterung beeinflusste, war auch der multinationale Charakter der II. Republik. So entstanden Verbände, die einzelne Nationalitäten vereinten, vor allem jüdische, deutsche und ukrainische.

¹ S. Rychliński, *Zasadnicze kierunki ruchu zawodowego w Polsce*, Warszawa 1929, s.8-9.

Im Jahre 1935 gab es in Polen 298 Gewerkschaftsverbände. Sie repräsentierten unterschiedliche ideelle Haltungen, die die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung vor 1918 widerspiegeln. Diese Differenziertheit blieb nicht nur unter den Verhältnissen des unabhängigen polnischen Staates erhalten, sondern verstärkte sich mit der Zeit sogar noch mehr. Die Trennlinien verliefen auf mehreren Ebenen. Im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet waren sie ein Reflex der Auseinandersetzungen während der Zeit der Zugehörigkeit dieser Territorien zum deutschen Staat, so der Streitigkeiten zwischen der radikal-sozialistischen Richtung, die damals durch die Lassallianer und Eisenacher vertreten wurde, und die konservativ-solidaristische Strömung, die durch die Hirsch-Dunckersche Bewegung verkörpert wurde. Der Konflikt betraf die Grundsätze des Handelns: Sollte es die Idee des Klassenkampfes oder das Prinzip des Liberalismus und der ökonomisch-sozialen und nationalen Solidarität sein. Ein anderer Streitpunkt betraf das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der politischen Parteien. Eine extreme Haltung nahm die 1893 entstandene Sozialdemokratie des Kgr. Polen ein (Sojaldemokracja Królestwa Polskiego; Abk. SDKP), die im Dezember 1918 nach der Vereinigung mit der Polnischen Sozialistischen Partei-Linke (Polska Partia Socjalistyczna Lewica; Abk. PPS-Lewica) die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (Komunistyczna Partia Robotniczej Polski; Abk. KPRP) bildete und die deren Programm mit geringfügigen Veränderungen übernahm. Sie betrachtete die Gewerkschaften als einen Bestandteil der Partei. In der Praxis wurden sie so zu Kaderorganisationen, die sich auf die Verwirklichung politischer Ziele konzentrierten. Eine andere Vision vertraten die nichtmarxistischen linken Parteien, die die Idee sogenannter überparteilicher Gewerkschaftsverbände verfochten, die organisatorisch von Parteien unabhängig sein sollten. Die Zugehörigkeit zu ihnen war durch keinerlei Bedingungen (Weltanschauung, Glaubensbekenntnis, Nationalität oder Geschlecht) eingeschränkt und verlangte auch keine Identifikation mit irgend einem konkreten politischen Programm. Dies war das sozialdemokratische Modell. Diesen Standpunkt nahm die vor dem Zweiten Weltkrieg größte Partei der polnischen Linken, die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna; Abk. PPS) ein, die in den Gewerkschaften vor allem Vertreter der sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter sah. Auch die gegenseitigen Beziehungen zwischen den national-christlichen und den ihnen ideell nahestehenden politischen Parteien gründeten sich auf das Prinzip der Gleichberechtigung. Anfang der 30-er Jahre erklärten diese Gewerkschaften, teilweise aus taktischen Gründen, sie wären völlig apolitisch. Ein wesentlicher Faktor, der Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung verursachte, waren allgemeine politische Ereignisse. So entstand nach dem

Staatsstreich Józef Piłsudskis im Mai 1926 innerhalb der Gewerkschaften eine starke Strömung, die organisatorisch und ideell mit der Sanacja (dem Piłsudski-Lager) verbunden war².

Bemerkenswert sind die starken Schwankungen der Kräfteverhältnisse zwischen den Hauptrichtungen der Gewerkschaftsbewegung. Zu Beginn der II. Republik dominierten im Jahre 1921 drei Zentralen: Die größte war die 1902 entstandene Polnische Gewerkschaftsvereinigung (Zjednoczenie Zawodowe Polskie; Abk. ZZP) mit ihrem solidaristisch-nationalen Program, der etwa 515 000 Personen angehörten, d.h. 45 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Die zahlenmäßig zweitstärkste Zentrale war der 1919 gegründete, auf Klassenkampf orientierte Bund der Gewerkschaftsverbände (Związek Stowarzyszeń Zawodowych; Abk. ZSZ), der 501 000 Mitglieder besaß, also 43 Prozent aller gewerkschaftlich Organisierten. Die dritte Zentrale war die 1921 ins Leben gerufene Christliche Gewerkschaftsvereinigung (Chrześcijańskie Zjednoczenie Zawodowe; Abk. ChZZ) mit 113 000 Angehörigen, was 9,8 Prozent aller Gewerkschaftler entsprach. Auf die übrigen Richtungen entfielen etwas mehr als 2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Im Jahre 1929 umfaßten die drei genannten Richtungen – bei einem Rückgang der Mitgliederzahlen um etwa ein Drittel – 80,6 Prozent aller Gewerkschaftszugehörigen, wovon 35,6 Prozent der solidaristischen, 30,7% Prozent der auf Klassenkampf ausgerichteten und 14,3% Prozent der christlichen Orientierung anhängen. Es traten jedoch auch neue Strömungen hervor: die der Sanacja, die 16,9 Prozent der Gewerkschaftler vereinte sowie die mit der wichtigsten Partei der polnischen Rechten – der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja; Abk. ND) – verbundene, nur 1,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder erfassende nationalistische Richtung. Gegen Ende der II. Republik erlitt im Vergleich zu 1921 die Polnische Gewerkschaftsvereinigung (ZZP) die größten Verluste; ihre Mitgliederzahl sank auf 160 000 im Jahre 1938, d.h. um fast 70 Prozent. Dies bedeutete jedoch keinen ebenso starken Rückgang der Einflüsse dieser national-solidaristischen Strömung, denn die Mitglieder, die sich mit diesem Wertesystem identifizierten, fanden sich in anderen Organisationsstrukturen wieder. Geringere, nichtsdestoweniger bedeutende Verluste erlitt die auf den Klassenkampf gerichtete Bewegung. Die Mitgliederzahl verringerte sich um 21 Prozent auf 394 000. Gleichwohl blieb der ZSZ der größte Zentralverband, der etwa 40 Prozent aller Gewerkschaftler umfaßte. Der Christlichen Gewerkschaftsvereinigung (ChZZ) gingen im Verlauf von fast 20 Jahren 46 Prozent ihrer Mitglieder verloren; 1938 waren es nur noch 61 000. Die mit der Sanacja verbundenen

² A. Pilch, *Ruch zawodowy w Polsce*, „Z pola walki“ 1984 nr 1-2, s.190; *Ruch zawodowy w Polsce. Zarys dziejów 1918-1944*, t.II cz.I (do 1929 r.), Warszawa 1980, s.366-373; „Mały Rocznik Statystyczny 1939“, Warszawa 1939, s.285.

Gewerkschaften erfuhren ebenfalls einen Niedergang. Durch Spaltungen ging der Einfluß des Gewerkschaftsbundes (Związek Związków Zawodowych; Abk. ZZZ), der in den Jahren 1935-1938 über drei Viertel seiner Mitglieder (von 148 000 auf 35 000) verlor, rapide zurück. Hingegen begann die solidaristische, rechtsgerichtete Vereinigung der Polnischen Gewerkschaftsverbände (Zjednoczenie Polskich Związków Zawodowych; Abk. ZPZZ), die 1937 durch die autoritäre Sanacja-Organisation, das Lager der Nationalen Vereinigung (Obóz Zjednoczenia Narodowego; Abk. OZN) geschaffen worden war, eine bedeutende Rolle zu spielen; 1938 zählte sie um die 100 000 Mitglieder³.

Durchschnittlich waren etwa 20 Prozent der Arbeitnehmer in Polen gewerkschaftlich organisiert. In den Hauptzweigen der Industrie, die die meisten Arbeiter beschäftigten, lagen die Anteile jedoch höher. 1929 stellten im Bergbau die Gewerkschaftler 32,5 Prozent der Beschäftigten, im Hüttenwesen und der Metallindustrie 34,5 Prozent, in der Polygraphie 46,3 Prozent. Den niedrigsten Prozentsatz stellte die Textilindustrie mit der 21,9 Prozent, in den übrigen Branchen waren es 34,3 Prozent. Den entschieden größten Einfluß besaßen jedoch die Eisenbahngewerkschaften, in denen 91,3 Prozent der Beschäftigten organisiert waren. Auch unter den Landarbeitern erfreuten sich die Gewerkschaften einer relativ großen Popularität, denn 44,4 Prozent von ihnen gehörten verschiedenen Gewerkschaftsverbänden an. Verhältnismäßig proportional gestalteten sich die Einflüsse der verschiedenen Richtungen unter den Arbeitern. Im Bergbau und der Industrie erfaßte die Klassenbewegung im Jahre 1929 33,4 Prozent der Gewerkschaftler, die national-solidarische 19,8 Prozent, die christliche 21,6 Prozent; auf die übrigen Strömungen entfielen 25,2 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten. Unter den Eisenbahnern hatten die national-solidarischen mit 43,6 Prozent und die klassenorientierten Gewerkschaften mit 42,3 Prozent die größten Einflüsse⁴.

Die organisatorische Zersplitterung und die ideologischen Konflikte schränkten das erfolgreiche Wirken der Gewerkschaftsbewegung ein. Dies betraf insbesondere die Möglichkeit, auf gesetzliche Regelungen Einfluß zu nehmen. Es fehlte ein Forum, in dem alle Zentralen ihre Standpunkte miteinander hätten abstimmen und später solidarisch verteidigen können. Dies ermöglichte es den Behörden, viele Forderungen der Arbeiter zu ignorieren.

³ L. Hass, *Robotniczy ruch zawodowy w Polsce w latach 1918-1939*, „Rocznik Dziejów Społecznych i Gospodarczych” 1971, t.XXXII, s.117-167; *Wielka encyklopedia powszechna*, t.XII, Warszawa 1969, s.813-816.

⁴ L. Hass, *Układ sił i zasięg oddziaływania ruchu zawodowego wśród klasy robotniczej w latach Drugiej Rzeczypospolitej*, (w:) *Polska klasa robotnicza*, t.IV, Warszawa 1972, s.157, 162, 216-217.

Entschiedenem Widerstand riefen jedoch alle Versuche hervor, die Gewerkschaften administrativ zu unifizieren. Die Ankündigung von Premierminister Leon Kozłowski im August 1934, die Vereinigungsfreiheit einzuschränken und für die Gewerkschaftsbewegung „geeignete Organisationsformen“ zu finden, stieß auf einhellige Ablehnung. Dies bedeutet freilich nicht, daß die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften die negativen Folgen der organisatorischen Zersplitterung verkannt hätten. Gegen Ende der 30-er Jahre wurden zwischen den Leitungen der verschiedenen ideologischen Richtungen Gespräche über einen Zusammenschluß der Zentralen geführt, die ähnliche Programme vertraten. Dank der Vermittlung durch das Episkopat kam es zwischen der ChZZ und der ZZZP zu einer Vorverständigung. Der Vereinigungskongreß wurde für den 3. September 1939 anberaumt, kam aber wegen des Kriegsausbruchs nicht zustande. In den klassenorientierten Gewerkschaften ergab sich die Bereitschaft der Kommunisten zur Verständigung aus politischen Gründen. Im Juli 1935 proklamierte der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Grundsatz der Einheitsfront der Arbeiterklasse als Fundament der Volksfront. Die Folge war, daß das Zentralkomitee der KPP im September 1935 die vier Jahre zuvor (im Januar 1931) auf einer Welle zunehmender sektiererischer Strömungen in der Partei gegründete Gewerkschaftslinker auflöste und ihren Mitgliedern empfahl dem Bund der Gewerkschaftsverbände (ZSZ) beizutreten. Hervorzuheben ist, daß die kommunistischen Gewerkschaften keine besonderen Einflüsse unter den Arbeitern gewannen, obwohl die damals andauernde große Wirtschaftskrise eine Radikalisierung der Stimmungen begünstigte. Ihre Mitgliederzahl erreichte auf dem Höhenpunkt ihrer Entwicklung 55 000 Personen. Eine der wichtigsten Ursachen für ihre fehlende Popularität waren die Beziehungen zwischen der KPP und „ihren“ Gewerkschaften. Sie widerspiegelten die Taktik der SDKPiL (seit 1900 Sozialdemokratie des Kgr. Polen und Litauens; Abk. SDKPiL) gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die zur völligen Unterordnung der Gewerkschaftsorganisationen unter die Parteiinstanzen und zur Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie führte⁵.

Gleichwohl darf man die Aktivität der vor dem II. Weltkrieg bestehenden Gewerkschaften bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen nicht unterschätzen. Paradoxerweise war sie in gewissem Grade eine Folge der organisatorischen und ideologischen Zersplitterung. Um Mitglieder zu gewinnen und zu halten, mußten die Gewerkschaftsfunktionäre angesichts

⁵ *Ruch zawodowy w Polsce. Zarys dziejów 1918-1939*, t. II cz. 2 (1929-1944), Warszawa 1981, s.176; W. Bujak, *Historia krajowej działalności Stronnictwa Pracy 1937-1950*, Kraków 1971, s.93 (msp.); W. Ratyński, *Partia i związki zawodowe w Polsce Ludowej*, Warszawa 1977, s.74-75.

der großen Konkurrenz energisch handeln. Aussagekräftig sind Angaben über Streikaktionen. In den Jahren 1918 bis 1938 wurden 19 239 Streiks (zum Teil „wilden“ Charakters) durchgeführt, die über 141 000 Betriebe betrafen (Angaben für die Jahre 1921 bis 1938). Beteiligt waren an ihnen 8,5 Millionen Personen. Insgesamt dauerten sie über 61 Millionen Arbeitstage. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, den USA und Kanada nahm Polen hinsichtlich der Zahl der Streiks und der Streikeden Jahr für Jahr einen Spitzenplatz ein. Hervorzuheben ist, welch großen Erfolg die unternommenen Aktionen hatten. Während in der Zeit zwischen 1921 und 1929 im Durchschnitt 68 Prozent mit einem vollen bzw. teilweise Sieg endeten, stieg dieser Prozentsatz in den Jahren 1930 bis 1937 ungeachtet der Wirtschaftskrise auf 73,9 Prozent an. Dabei ist zu bedenken, daß die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage Polens keineswegs die Verteidigung von Arbeiterinteressen begünstigte. Das autoritäre politische System nach dem Staatsstreich Pilsudskis schränkte die demokratischen Freiheiten ein. Strukturell bedingt war eine viele Millionen betreffende Arbeitslosigkeit; auf dem Land wurde die sog. verdeckte Arbeitslosigkeit auf 2,4 bis 8 Millionen geschätzt. Den Arbeitgebern stand somit ein ständiges Überangebot an Arbeitskräften zur Verfügung⁶.

Im Polen der Zwischenkriegszeit waren die Gewerkschaftsverbände die bedeutendsten und zahlreichsten Arbeiterorganisationen. Sie waren jedoch nicht die einzigen Verteidiger der Rechte der Arbeiter und Geistesschaffenden. Eine wichtige Rolle spielten die Belegschaftsvertretungen in den Fabriken, obwohl für sie gesetzliche Regelungen fehlten. Ihre Tätigkeit stützte sich in den verschiedenen Regionen des Landes auf unterschiedliche Grundlagen; so u.a. auf die Gesetzgebung der Teilungsmächte (in Übereinstimmung mit dem Grundsatz, die vor der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit durch Polen geltenden Rechtsvorschriften zu beachten), auf Bestimmungen in den Kollektivverträgen, auf Entscheidungen von Schiedsgerichten, auf gewöhnliche zwischen der Direktion eines Unternehmens und den dort Beschäftigten getroffene Vereinbarungen sowie auf Gesetze, die andere Probleme betrafen, aber die Existenz einer Belegschaftsvertretung vorsahen. Diese konnten zwei Formen annehmen: Zur ersten gehörten Repräsentanten der Gewerkschaftsverbände, die zumeist von den Gewerkschaftsorganen benannt wurden; manchmal wurden die Vertreter auch von der gesamten Belegschaft – einschließlich der nicht gewerkschaftlich Organisierten – gewählt. Wenn in einer Fabrik die Arbeitskräfte verschiedenen Gewerkschaften angehörten, war jede bemüht, ihren eigenen Reprä-

⁶ „Statystyka Pracy 1938“, t. XVII, s. 202; „Mały Rocznik Statystyczny 1939“, s. 284; W. Masewicz, *Strajk. Studium prawno-socjologiczne*, Warszawa 1986, s.200.

sentanten zu stellen. Im zweiten Fall gelangten in die Vertretungsorgane Delegierte, die direkte von den Belegschaften gewählt wurden; gleichgültig, ob sie Gewerkschaftsmitglieder waren oder nicht⁷.

2. ERSTE PROGRAMMATISCHE AUFRUFE UND KONZEPTE NACH DER BEFREIUNG 1944/45

Die in der wissenschaftlichen Literatur gebrauchten Begriffe „Aufbau“ oder „Wiedergeburt“ bei der Darstellung der Lage der polnischen Gewerkschaftsbewegung nach dem II. Weltkrieg geben die Skala der Veränderungen, die im Funktionsmechanismus der Gewerkschaften im Vergleich zur Zwischenkriegszeit tatsächlich eingetreten waren, nicht adäquat wieder. Die „neuen“ Gewerkschaften setzen weder in personeller, noch in programmatischer Hinsicht ihre Tätigkeit aus der Vorkriegszeit fort. Daran änderte auch die in den ersten Monaten in offiziellen Dokumenten und in der Propaganda recht penetrant formulierte Forderung nach Fortsetzung des Klassenkampfes nichts. Die von den Kommunisten ins Leben gerufenen Organisationen waren praktisch niemals Interessenvertreter der Belegschaften. In Abhängigkeit von den strategischen Zielen des herrschenden Regimes, wurden ihnen unterschiedliche Aufgaben zugewiesen: Ausübung einer vollständigen Kontrolle über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgremien; Kontrolle über die Errichtung einer materiellen Basis des neuen Systems durch die Industrialisierung des Landes; Überwachung aller sozialen Gruppen; ständige zu erweiternde Einflußnahme auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Gerade in diesem letztgenannten Bereich sollte die neue Gewerkschaftsbewegung eine besondere Rolle spielen; schließlich war ihr Hauptwirkungsfeld die Arbeiterklasse, die von den Kommunisten als natürliches politisches Hinterland angesehen wurde. Vorbedingung für das Erreichen der gesteckten Ziele war, zum Zeitpunkt des Umbruchs die Schlüsselstellungen in den neu entstehenden Strukturen in die Hand zu bekommen. Die vorbereitenden Arbeiten hierfür begannen im August 1944. Zunächst wurden einige höhere Polit-Offiziere der polnischen Volksarmee und kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre aus der Vorkriegszeit abkommandiert. Die engere Leitung bildeten die Mitglieder der eigens geschaffenen Gewerkschaftsabteilung des ZK der Polnischen Arbeiterpartei

⁷ L. Brodowski, *Samorząd rad zakładowych*, Częstochowa 1947, s. 11-18; W. Masewicz, *Położenie prawne związków zawodowych w Polsce w latach 1918-1939*, Warszawa 1972, s. 152-158; J. Ławnik, *Ruch zawodowy metalowców w Polsce w latach 1869-1939*, Warszawa 1986, s.134-135; S. Rychliński, *Zasadnicze...*, s.83.

(Polska Partia Robotnicza; Abk. PPR) Kazimierz Witaszewski, Adam Dołński und Stefan Kalinowski. Auffallend sind hier das niedrige intellektuelle Niveau und das völlige Fehlen theoretischer Überlegungen. Die Mitglieder dieser Gruppe wurden von den Parteigenossen als „Talmudisten“ bezeichnet, weil sie die wichtigsten Dokumente, die die Organisationsstruktur und den Funktionsmechanismus der zentralen Gewerkschaftsleitungen betrafen, quasi „aus dem Gedächtnis“, auf Dokumente der Vorkriegszeit und eigene Erinnerungen gestützt, verfaßten⁸. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden dem Generalsekretär PPR, Władysław Gomułka, zur Bestätigung vorgelegt, dem ohnehin die Kontrolle über sie oblag. Am 26. September 1944 wurde die Resolution „Über die Lage und die Aufgaben der Partei“, am 2. Oktober 1944 die Instruktion „Über die Mitarbeit von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften“ veröffentlicht⁹. Beide Parteidokumente wurden zur programmatischen Grundlage der Gewerkschaftsbewegung. Deren Hauptaufgabe sollte darin bestehen, die „demokratische Staatsmacht zu unterstützen“¹⁰. In der Führung der PPR herrschte darüber Klarheit, daß sie keine sonderliche gesellschaftliche Resonanz fanden und die Aussichten auf eine rasche Erweiterung der eigenen Reihen minimal waren. Die Gewerkschaften sollten als Organisator der Parteilosen wirken und sie kommunistischen Einflüssen gefügig machen. Dazu war es notwendig, keine Tätigkeit der vor dem Kriege bestehenden Organisationen zuzulassen, da diese ganz unterschiedliche ideologische Strömungen repräsentierten. Der neuen Gewerkschaftsbewegung sollte eine einheitliche, zentralistische Struktur aufgezwungen werden. Um die neuen Gewerkschaften bei der Bevölkerung glaubwürdig zu machen, knüpfte man in formalen Fragen an die vor dem Krieg bestehenden Traditionen der Klassenbewegung an; vor allem verwendete man altbekannte Bezeichnungen. Dies wurde freilich rein instrumentalistisch gehandhabt, denn die alte Form bedeutete keineswegs, daß man auch die frühere Wirkungsweise beibehielt.

Rechtsgrundlage der gewerkschaftlichen Tätigkeit war in den Jahren 1944 bis 1949 ein niemals außer Kraft gesetztes Dekret des Staatschefs Piłsudski vom 8. Februar 1919. Es war ein durch und durch demokratischer Erlaß, der die Bildung einer neuen Organisation ermöglichte, wenn ein ent-

⁸ Archiwum Akt Nowych (AAN), Relacje sygn. 31, Organizacja władzy ludowej w Łodzi – relacja K. Witaszewskiego, s.40; H. Jakubowska, Odbudowa i działalność związków zawodowych na wyzwolonych ziemiach polskich w 1944 r., „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1974 nr 1(49), s. 10.

⁹ J. Naumiuk, Powstanie odrodzonego ruchu zawodowego w Polsce i węzłowe problemy jego rozwoju w l. 1944-1949, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1975 nr 2(54), s. 17-18.

¹⁰ AAN, KC PPR sygn.295/IX/377, Instrukcja w sprawie pracy członków PPR w związkach zawodowych, s. 68.

sprechender Antrag beim Hauptinspektor für Arbeit eingereicht wurde, dem zwei Exemplare des Statuts beigelegt waren, das von drei Gründungsmitgliedern unterzeichnet sein mußte. Nach dem Kriege wich die Praxis weit von diesen Regelungen ab. Zwar wurde die Pflicht zur Registrierung bei den Arbeitsinspektionen beibehalten, aber gleichzeitig mußten sich die zentralen Gewerkschaftsleitungen (seit dem 21. November 1944 die Provisorische Zentrale Kommission der Gewerkschaften) mit der Aufnahme der Arbeit einverstanden erklären. Diese gaben nur dann ihre Zustimmung, wenn man sich ihnen in organisatorischer und programmatischer Hinsicht völlig unterordnete. Gegenüber den vor dem Kriege bestehenden oder während der Okkupationszeit konspirativ weiter wirkenden Gewerkschaften, die ihre Tätigkeit jetzt zu reaktivieren suchten, wurde folgende Taktik eingeschlagen: Man weigerte sich, die alten Vorstände anzuerkennen, verlangte die Einberufung von Kongressen, die die Wahl neuer Vorstände und die Registrierung bei der Gewerkschaftszentrale. Unter den damaligen politischen Verhältnissen war die Erfüllung dieser Forderungen bei gleichzeitiger Einhaltung wirklich demokratischer Verfahrensweisen praktisch unmöglich. Die offizielle Propaganda versäumte es jedoch nicht, dies als Erweiterung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung hinzustellen.

Der neuen Organisationsstruktur lagen die Prinzipien der Einheit, der Massenwirksamkeit und der Zentralisierung zugrunde. Gewerkschaften sollten nach Wirtschaftszweigen gebildet werden, in denen einheitliche Organisationen tätig waren, die alle Lohnarbeiter – ohne Rücksicht auf die Art ihrer Beschäftigung – zusammenschlossen. Die Vorstände in den Bezirken, Kreisen und Städten sollten einer Zentrale direkt unterstellt sein. Wer die höchste Leitungsebene einer Gewerkschaft kontrollierte, beherrschte praktisch die gesamte Bewegung. Um sich die dominierende Position zu sichern, beriefen die Kommunisten im Eiltempo für den 20. November 1944 einen Kongreß von Gewerkschaftsvertretern aus den befreiten Gebieten ein. Wie aus den Erinnerungen von Władysław Kuszyk und Adam Doliński hervorgeht, ergab sich die Eile aus zwei Gründen: Erstens rückte der Termin der Januar-Offensive der Roten Armee heran, die den größten Teil Polens von den faschistischen Okkupanten befreien sollte. Zweitens ging es darum, eine Zentrale zu bilden, die in den befreiten Gebieten als alleinige legale Gewerkschaftsleitung auftreten konnte. Die endgültige Entscheidung fiel Władysław Gomułka, der – durch Władysław Kuszyk – von sowjetischer Seite über die Absicht informiert worden war, einen internationalen Gewerkschaftsbund zu schaffen, dem auch die in London ansässige Zentrale Kommission der Gewerkschaften (Komisja Centralna Związków Zawodowych; Abk. KCZZ) unter Leitung von Jan Kwapiński beitreten wollte.

Da die Kommunisten für die von ihnen geplante Gewerkschaftszentrale diese Bezeichnung (KCZZ) übernommen hatten, sollten die Funktionäre aus der Vorkriegszeit nicht berechtigt sein, diese sehr populäre und angesehene Bezeichnung für sich in Anspruch zu nehmen. Vor allem aber ging es um die Bildung einer Gewerkschaft, die auf internationaler Arena als alleinige demokratisch legitimierte Repräsentantin der polnischen Arbeiter auftreten konnte. Alle organisatorischen Einzelheiten des Kongresses wurden mit dem ZK der PPR abgestimmt; Entwürfe von Entschlüssen und Schlußdokumenten wurden vorab von Mitglied des Politbüros Jakob Berman korrigiert und bestätigt¹¹.

Am Kongreß nahmen 26 Personen teil, die vier Wojewodschaften vertraten. Berufen wurde eine Provisorische Zentrale Kommission der Gewerkschaften (Tymczasowa Komisja Centralna Związków Zawodowych; Abk. TKCZZ), was von einem gewissen politischen Realismus zeugt. Eine ständige Gewerkschaftskommission ins Leben zu rufen, war kaum möglich, weil im Lande des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego; Abk. PKWN) den Ton angab. Die TKCZZ bestand aus 23 Personen, von denen 19 Mitglieder der PPR waren. Die beiden Schlüsselstellungen, die des Vorsitzenden und die des Generalsekretärs, übernahmen die Kommunisten Adam Doliński und Kazimierz Witaszewski. Die Beratungen sowie die angenommenen Resolutionen hatten politischen Charakter. Im Referat von Witaszewski fanden sich in etwas abgemilderter Form schon früher geäußerte Forderungen, die Lager und Gefängnisse mit Feinden des neuen Regimes „aufzufüllen“, die „Handschuhe auszuziehen“ und jene „an der Gurgel“ zu packen, die den Aufbau eines demokratischen Polen behinderten“; verurteilt wurden die polnische Regierung in London und jene Gewerkschaftsfunktionäre, die die alten Organisationen zu reaktivieren versuchten. Zu den Hauptaufgaben der neuen Gewerkschaften sollte es gehören, den Beschluß des ZK der PPR durchsetzen zu helfen, 10 000 Arbeiter und Bauern für die Offiziers- und Unteroffiziersschulen anzuwerben. Die vom Kongreß verabschiedete abschließende Erklärung widerspiegelte die spezifische Art, Gewerkschaftsdokumente zu redigieren; eine Methode, die auch in den Folgejahren angewandt wurde. Dabei wurden rein politische Aussagen, die von der jeweiligen Entwicklung der Lage und den mehr oder minder realistischen Interessen der Kommunisten diktiert waren, mit berechtigten Forderungen nach einer Verbesserung der materiellen Situation der Arbeitnehmer verknüpft. Entscheidend für die spätere Tätigkeit der Gewerkschaften war die Akzeptanz

¹¹ AAN, Relacje sygn. 290, Kształtowanie się władzy ludowej – relacja W. Kuszyka, s. 12-13; Biblioteka Specjalistyczna Związków Zawodowych (dalej BSZZ) sygn. 74, Wspomnienia A. Dolińskiego, s. 5; tamże sygn. 221, Relacja H. Altmana, s. 1-9.

folgender politisch-ideologischer Grundsätze: Sie sollten frei, unabhängig und überparteilich, jedoch nicht apolitisch sein. Darüber hinaus wurde erklärt, die Gewerkschaftsbewegung stehe „auf den gleichen Positionen wie die einstige KCZZ“, gründe ihre Tätigkeit jedoch auf neue demokratische Formen¹².

Diese zweideutige Formulierung ermöglichte vielerlei Interpretationen. Sie bildete ein Element der in dieser Zeit eingeschlagenen Taktik der PPR zur Eroberung der Macht. Das Ziel bestand darin, die Bevölkerung durch die Bildung einer sog. demokratischen Front zu spalten, die nach den Äußerungen W. Gomułkas aus „konsequent demokratischen Kräften des Volkes“, „liberaldemokratischen“ und „bürgerlich-liberalen“ Strömungen bestehen sollte. Mit „reaktionär-faschistischen Kräften“ sollte keinerlei Zusammenarbeit erfolgen. In der Praxis wurden zur letztgenannten Gruppierung jene Parteien und Personen gezählt, die – unabhängig von ihren weltanschaulichen Ansichten – eine Hegemonie der PPR nicht akzeptierten oder selbst die geringsten Vorbehalte gegenüber der UdSSR zum Ausdruck brachten. Angesichts solcher Kriterien gehörten nahezu alle politischen Gruppen und die große Mehrheit der polnischen Bevölkerung in diese Kategorie. Somit war es für die PPR notwendig, sich Verbündete zu „schaffen“, mit denen sie zusammenarbeiten konnte. Dabei ging es insbesondere darum, eine den Kommunisten genehme sozialistische Partei zu bilden, die formell als Fortsetzung der PPS aus der Vorkriegszeit auftreten konnte. Dies hätte es auch ermöglicht, alle Versuche einer Legalisierung der PPS-WRN („Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit“; Abk. WRN) zu blockieren, die während der Okkupation im Untergrund tätig gewesen war. Zugleich hätte dies bei der Arbeiterschaft Verwirrung und Desorientierung hervorgerufen. Dem gleichen Ziel diene die Förderung einer „eigenen“ Volkspartei (Abk. SL). Władysław Gomułka war sich zwar dessen bewußt, daß Bündnisse mit fiktiven Gruppierungen den Aktionsbereich der Kommunisten kaum vergrößerten, aber er meinte, daß „die Masse der Bevölkerung nicht wußte, welche organisierte Kraft sich hinter den Fahnen der verschiedenen politischen Gruppen und Grüppchen verbarg. Dennoch wirkten sie auf deren politische Haltung ein; so durch die eigene Untergrundpresse als auch durch Veröffentlichungen anderer Parteien, in denen über sie berichtet und ihre politische Einstellung diskutiert wurde, die man entweder lobte oder

¹² Archiwum Ruchu Zawodowego w Warszawie (dalej ARZ), KCZZ Wydział Organizacyjny sygn.8A, Sprawozdanie ze zjazdu w Lublinie (20 listopada 1944 r.), s. 8-18; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/395, Rezolucja przyjęta na pierwszym posiedzeniu TKCZZ w Polsce w dniu 20 listopada 1944, s. 9-13; AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/28B, Odezwa z listopada 1944 r., s. 413-416; AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/16, Sprawozdanie z Wojewódzkiego Zjazdu Związków Zawodowych w Lublinie (październik 1944 r.), s. 2-4.

verurteilte“¹³. In den ersten Monaten ihrer Tätigkeit war die „wiedergeborene“ PPS eine Strömung mit äußerst geringen Einflüssen auf (von Edward Osóbka-Morawski geschätzte) lediglich etwa 2 Prozent aller Arbeitnehmer. Władysław Gomułka, dem ihre Schwäche bekannt war, nannte die „Bruderpartei“ einen „Engel“, der „so gut wie keine organisierte Kraft darstellte“¹⁴. Die neue Partei zu steuern, fiel deshalb so leicht, weil sowohl in ihrer Führung als auch in der Provinz viele Schlüsselfunktionen von Kryptokommunisten wahrgenommen wurden, die man zu diesem Zweck abkommandiert hatte¹⁵.

Um die Konzeption eines „nationalen demokratischen Blocks“ glaubwürdig zu machen, mußte man freilich auf die Bildung reiner PPR Gewerkschaften verzichten. Damit sie zu einem Instrument werden konnten, die Haltung und Einstellung der Arbeiter homogen zu machen und ihre Aktivität in eine von den Kommunisten gewiesene Richtung zu lenken, war es notwendig, den Schein der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit zu wahren. Denn nur so bestand die Aussicht auf einen massenhaften Zustrom von Arbeitern zur neuen Gewerkschaftsorganisation. Außerdem eröffnete sich dadurch die Möglichkeit, von der Basis ausgehende Initiativen, die alten vor dem Krieg bestehenden Strukturen zu reaktivieren, abzublocken. Das gleiche Ziel verfolgte man damit, daß man in die Leitung der Gewerkschaften auch Mitglieder der „Lubliner PPS“ und Parteilose eintreten ließ. Dabei handelte es sich in der Regel um wenig bekannte Personen, die – wie es damals hieß – der Idee der „Einheitsfront“ anhängen. Sehr viele Gewerkschaftsfunktionäre aus der Vorkriegszeit boykottierten die neuen Organisationen. Die gesamte alte Führung der KCZZ und die Leitung der einzelnen Branchenverbände schlossen sich der PPS-WRN an¹⁶.

Nach dem Kriege wurde das Prinzip der Einheit und der Zentralisierung der Gewerkschaften durchgesetzt. Damit entsprach man konsequent der Konzeption der PPR, die im Oktober 1943 in dem programmatischen Artikel „Über den Wiederaufbau von Gewerkschaften“ dargelegt worden war¹⁷. Ein Novum gegenüber früheren Postulaten war allerdings die Bil-

¹³ AAN, KC PPR sygn. 295/II/12, Stenogram plenum KC PPR (21 sierpnia – 2 września 1948) – wystąpienie W. Gomułki, s. 45.

¹⁴ AAN, CKW PPS sygn. 235/VII/33, Sprawozdanie z pobytu E. Osóbki-Morawskiego we Wrocławiu (15 stycznia 1947 r.), s. 12-14; AAN, CKW PPS sygn. 235/IX/32, Sprawozdanie z wiecu (15 września 1946 r.) – wystąpienie E. Osóbki-Morawskiego, s. 54; AAN, KC PPR sygn. 295/II/8, Protokół plenum KC PPR (13-14 kwietnia 1947 r.) – wystąpienie W. Gomułki, s. 28.

¹⁵ AAN, Relacje sygn.78, Relacje z działalności KC PPR w Lublinie 1944 r. – relacja T. Maryszczuka, s. 5; B. Syzdek, Współpraca PPR i PPS w odbudowie ruchu zawodowego (1944-1945), „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1966 nr 2, s. 32.

¹⁶ J. Tomicki, *Polska Partia Socjalistyczna 1892-1948*, Warszawa 1983, s. 443.

¹⁷ PPR organizatorem ruchu zawodowego w latach okupacji, Warszawa 1962, s. 119-122.

derung von Betriebsorganisationen als Selbstverwaltungsorganen, was darauf abzielte, die Betriebsräte organisatorisch von der Gewerkschaftsbewegung zu trennen. Es ist schwer zu sagen, weshalb dies geschah. In der Literatur und in Dokumenten kann man unterschiedliche Interpretation finden. Offenbar waren hierfür vor allem weiterreichende politische Ziele der Kommunisten maßgebend. Nach der gegen Ende des Krieges entwickelten Strategie, eine sog. demokratische nationale Front zu schaffen, war es notwendig, andere konspirative Gruppierungen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Ein natürliches Forum ihres Zusammenwirkens mußten auf Betriebsebene die Fabrikkomitees sein, die ursprünglich als das unterste Element der Gewerkschaftsbewegung angesehen wurden. Wie sich Władysław Dworakowski, Mitglied des Landesnationalrates (Krajowa Rada Narodowa; Abk. KRN), erinnert, wurde innerhalb des KRN eine Arbeitskreis ins Leben gerufen, der die entstehenden Zellen beaufsichtigen sollte. Die Fabrikkomitees sollten auf Betriebsebene den konspirativen Nationalräten entsprechen. Aufgabe beider sollte es vor allem sein, ein Forum der Zusammenarbeit der „linken Kräfte“ zu bilden. Hier konnte es – zumindest theoretisch – zu Auseinandersetzungen zwischen Ansichten der verschiedenen politischen Kräfte kommen. Die Gewerkschaftsbewegung sollte aber nach der generellen Zielsetzung der Kommunisten überparteilich sein, was in Wirklichkeit eine kommunistische Vorherrschaft bedeutete. Bei der Forderung nach Selbstverwaltung war ausschlaggebend, daß die Tätigkeit ihrer Organe auf den Bereich eines Betriebes beschränkt bleiben sollte. Dadurch wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, eine institutionalisierte Repräsentanz aller Beschäftigten zu schaffen, die – durch Wahlen legitimiert – in deren Namen auftreten und mit den von den Behörden gelenkten Organisationen konkurrieren konnte. Alle (übrigens sporadischen) Versuche, betriebsübergreifende Strukturen zu schaffen, wurden im Keim erstickt¹⁸.

Konzeptionelle Arbeiten über den rechtlichen Rahmen der Tätigkeit der Betriebsräte wurden erst Mitte September 1944 aufgenommen. Sie wurden Hanryk Altman übertragen, einem linksgerichteten Funktionär aus der Vorkriegszeit, der damals Direktor des Departements für Arbeit im Ministerium für Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen des Lubliner Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung gewesen war. Da er auf dem Gebiet des Rechts wenig Erfahrung hatte und entsprechende Materialien in Lublin nicht vorhanden waren, reiste er nach Moskau, um sich dort mit den sowjetischen Regelungen vertraut zu machen. Da in der Bibliothek des Unionsrates der Gewerkschaften zu diesem Thema keinerlei Dokumente vorhan-

¹⁸ ARZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 302, Sprawozdanie ze zjazdu rad zakładowych 9 państwowych zakładów samochodowych (24 października 1946 r.), s. 65.

den waren, stützte er sich auf „westeuropäische“ Materialien, hauptsächlich auf die deutsche Gesetzgebung. Im strittigen Fragen konsultierte Altman den Sekretär des ZK der PPR Edward Ochab. Nach redaktionellen Veränderungen, die vom Departement für Gesetzgebung im Justizministerium vorgenommen wurde, lag die endgültige Fassung des Dekrets Anfang Dezember 1944 vor. Beschlossen wurde es allerdings erst am 6. Februar 1945; im Gesetzblatt erschien es am 20. März 1945. Grund für diese Verzögerung war, daß man diesen Akt mit taktischen Erwägungen verband. Nach Henryk Altman sollte verhindert werden, daß das Dokument die Unterschrift von Bolesław Drobner trug, einem populären, der kommunistischen Dominanz gegenüber kritisch eingestellten PPS – Funktionär, der damals Chefs des Ministeriums für Arbeit, Sozialwesen und Gesundheit gewesen war¹⁹. Es scheint jedoch, daß der Wunsch maßgebender war, die Räte zu benutzen, um die Industrie gleichsam „von unten her“ unter Kontrolle zu bringen. In Presseartikeln, offiziellen Erklärungen der PPR-Komitees, der Nationalräte und der Gewerkschaften, die in der Zeit des Umbruchs in großer Zahl veröffentlicht wurden, betonte man das Recht der Arbeiter, die gesamte Macht in den Unternehmen an sich zu reißen. Eine Lubliner Instruktion empfahl den Fabrikkomitees, die Betriebe zu sichern, ihre Leitung zu übernehmen, vor Diebstählen zu sichern und nach der Befreiung die Produktion in Gang zu setzen²⁰. Die Veröffentlichung des Dekrets über die Betriebsräte wurde bis in die zweite Hälfte des Monats März 1945 deshalb verzögert, weil der ihnen dort zugestandene Kompetenzbereich weitaus enger gezogen war, als früher zugesagt wurde. Notabene wurde das Dekret acht Monate nach der Errichtung des neuen (volksdemokratischen) Regimes publiziert und trat erst am 20. Mai 1945 in Kraft. Der bis dahin rechtsfreie Raum konnte dazu genutzt werden, die vor dem Kriege bestehenden Fabrikleitungen zu eliminieren und die Privateigentümer zu enteignen²¹.

Das Dekret war ziemlich allgemein formuliert. Außer den typischen Rechten der „Arbeitnehmervertretung“, die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, bei Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu

¹⁹ BSZZ sygn. 221, Relacja H. Altmana, s. 5; AAN, Bolesław Drobner sygn. 421/III/9, Sprawozdanie z działalności Resortu Pracy, Opieki Społecznej i Zdrowia za czas od 1 sierpnia – 1 listopada 1944, s. 40-41; AAN, PKWN sygn. XI/2, Sprawozdanie za m-c listopad 1944 Resortu Pracy, Opieki Społecznej i Zdrowia, s. 35; „Przegląd Ubezpieczeń Społecznych” 1949 z. 6-7, s. 130

²⁰ J. Kozik, Narodziny rad zakładowych w górnictwie węgla kamiennego i hutnictwa żelaza, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1974 nr 3, s. 21-23; J. Kantyka, *Burzliwe lata. Z dziejów ruchu socjalistycznego na Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim w latach 1939-1948*, Warszawa 1977, s. 231.

²¹ J. Chumiński, *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944-1956*, Wrocław 1999, s. 155-156.

vermitteln, die Arbeitsordnung mitzugestalten und die Betreuung der Beschäftigten zu gewährleisten, legte es auch den Umfang des Mitbestimmungsrechts bei der Leitung des Unternehmens fest. Bei letzterem wurden jedoch die Rechte der „Arbeitnehmervertretung“ beschnitten: Sie durfte fortan nur gemeinsam mit den Nationalräten „die gesellschaftliche Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes“ ausüben, die „technischen Einrichtungen und die Magazine“ überwachen, und sie war ermächtigt, ihre Vertreter in die „viele Personen umfassenden Betriebsleitungen“ zu entsenden. Im Dekret wurde das Recht über die Auswahl der Betriebsleitungen nicht erwähnt. Ausgeklammert blieb auch die für die Arbeitnehmer so entscheidende Frage der Tarife und Prämien²². Ergänzt wurde das Dekret durch zwei Verordnungen des Ministers für Arbeit und Sozialwesen vom 7. Mai 1945 über „Regeln für die Wahlen des Betriebsrates und des Delegierten“ sowie über „Musterregelungen für die Arbeit eines Betriebsrates“. Die Wahlordnung sah die Möglichkeit vor, mehrere Listen aufzustellen und dort eine doppelte Anzahl von Kandidaten zu benennen. Artikel 19 des Dekrets legte allerdings fest: Falls nur eine Liste zustande käme, sollten „die dort aufgeführten Kandidaten auch ohne Abstimmung als gewählt gelten“²³.

3. DIE HERAUSBILDUNG ORGANISATORISCHER FORMEN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND DER BETRIEBSRÄTE

Die Übernahme der Schlüsselpositionen in den Gewerkschaften während der „Lubliner Periode“ ermöglichte es der PPR, den weiteren Prozess ihrer Entstehung und Entwicklung zu kontrollieren, je weiter sich die Frontlinie nach Westen verschob. Vor der Offensive der Roten Armee im Januar 1945 wurden spezielle Gruppen gebildet, die mit finanziellen Mitteln ausgestattet waren und deren Aufgabe darin bestand, territoriale und Branchenstrukturen aufzubauen. Im letzten Falle ging es vor allem darum, die Gewerkschaftsorganisationen in den Hauptzweigen der Produktion – im Bergbau, dem Hüttenwesen, der Metall- und Textilindustrie und bei den Eisenbahnen – zu beherrschen. Die Vorgehensweise illustriert die Art, wie man die drei Schlüsselbranchen – die Bergarbeiter, die Metall- und die Textilarbeiter – in den Griff bekam. Wie Adam Doliński berichtete, geschah

²² Dekret o radach zakładowych, Dz.U.RP 20 marca 1945 r. nr 8 poz. 36.

²³ Archiwum Państwowe we Wrocławiu (dalej APWr), UWW sygn. I/23, Rozporządzenie MPiOS z dnia 7 maja 1945 r. o regulaminie wyborów do rady zakładowej i wyborów delegata, s. 66-69; Rozporządzenie MPiOS z dnia 7 maja 1945 r. o wzorowym funkcjonowaniu rady zakładowej, s. 70-71.

alles völlig überraschend: Am 18. März 1945 wurden drei Kongresse einberufen, zu denen nur vertrauenswürdige Personen zugelassen wurden (in der Mehrheit Mitglieder der PPR). Als in Schlesien ein PPS-Sekretär zu protestieren versuchte, "wurde er den Sicherheitsbehörden überstellt". Verhaftungen sogenannter unsicherer Personen wurden auch während der Beratungen vorgenommen²⁴. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kongresse bestand darin, neben der Etablierung einer PPR-Leitung eine entsprechende "Präparation" der Statuten aus der Vorkriegszeit vorzunehmen. Auf dem Kongreß der Metallarbeiter empfahl der Vorsitzende des Provisorischen Zentralen Komitees der Gewerkschaftsverbände (Abk.: TKCZZ) ungeniert, "einen Juristen zu engagieren, der gemeinsam mit ausgewählten Gewerkschaftsfunktionären das alte Statut ergänzt, unnötige Punkte streicht und fehlende Artikel hinzufügen²⁵. Die Zulassung von Sozialisten zu den Gewerkschaftsleitungen hing allein vom guten Willen der Kommunisten ab. Das nach Kattowitz zur Entschärfung des Konflikts delegierte Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees (Centralny Komitet Wykonawczy, Abk.: CKW) der PPS, Ryszard Obrączka, erfuhr von Doliński: "Wir haben diese Kongresse organisiert, und deshalb war für den Vorstand eine Mehrheit von PPR-Mitgliedern vorgesehen". Auch die persönlichen Interventionen von Premierminister Osóbka-Morawski und des Mitglieds des Hauptvorstands der PPS, Stanisław Szwalbe, halfen nur wenig²⁶. Ähnlich war die Lage beim Kongreß der Textilarbeiter in Łódź. Dem Wojewodschaftssekretär der PPS, Henryk Wachowicz, blieben nur verschleierte Versuche übrig, einige PPS-Mitglieder in den Vorstand zu lancieren. Um die Wahl eines von der PPS für die Gewerkschaftsleitung vorgeschlagenen Mitglieds des Präsidiums des Hauptvorstandes aus der Vorkriegszeit zu verhindern, beschuldigten ihn die entsprechend belehrten Funktionäre der PPR einer Zusammenarbeit mit der Polizei vor 1939 und der Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern. Wie Kazimierz Witaszewski erinnert, blieb Wachowicz nur die Frage übrig "wen laßt ihr durch"? Mit Genugtuung erklärte er, "jene PPS-Mitglieder, die man wählen konnte, haben wir passieren lassen"²⁷. Ähnliche Praktiken wandte man auch auf lokaler Ebene an. Die Gewerkschaftsstrukturen im

²⁴ BSZZ, sygn.666/II, Wspomnienia K. Witaszewskiego, s. 248-249; H. Jakubowska, *Od-budowa i działalność związków zawodowych na wyzwolonych ziemiach polskich w 1944 r.*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1974 nr 1, s. 21.

²⁵ AAN, CKW PPS sygn. 235/VII/22, Sprawozdanie z podróży służbowej członka CKW R. Obrączki (10-31 marca 1945 r.), s. 8; ARZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 84; Protokół z I Krajowego Zjazdu Związku Zawodowego Metalowców (18-20 marca 1945 r.), s. 18, 45.

²⁶ AAN, Relacja sygn. 78, Działalność KC PPR w Lublinie 1944 – relacja A. Dolińskiego, s. 34.

²⁷ AAN, Relacje sygn. 78, Działalność KC PPR w Lublinie 1944 – relacja K. Witaszewskiego, s.26.

wirtschaftlichen Zentrum Polens – in Schlesien – wurden Mitte Februar 1945 im "Handstreich" geschaffen. Das Wojewodschaftsarbeiterkomitee der PPS berichtete: "Wie überall bemühen sich auch bei uns die PPR-Leute, die Gewerkschaften zu beherrschen. Am vergangenen Sonntag beriefen sie ad hoc eine Konferenz der Bergleute, der Metall- und Chemiewerker und der Eisenbahner (ZZK) ein. Wir haben sie mit unseren Leuten beschickt, aber sie (die PPR-Funktionäre – J.Ch.) drückten mit den bekannten Methoden den Leuten ihren Willen auf. [...] Der gegenwärtige Stand der Dinge kann nur vorübergehender Natur sein, denn unsere Einflüsse sind in diesen Gewerkschaften groß; im Bergarbeiterverband sind sie nahezu dominierend"²⁸. Wie aus einem anderen Bericht hervorgeht, bestanden die "bekannten Methoden" in "Schlesien, namentlich im Gebiet des Dabrowa-Beckens, wo die PPR selbst bzw. mit Hilfe der Sicherheitsorgane in den ersten Monaten der Unabhängigkeit die ungeteilte behördliche Gewalt ausübte", in der Ausschaltung der Konkurrenz, "wobei der Hauptschlag gegen erprobte Sozialisten unter dem Vorwand des Kampfes gegen die AK (Landesarmee) und den WRN (Wolność, Równość, Niepodległość) geführt wurde"²⁹. Das Ergebnis dieses Vorgehens war die absolute Dominanz der Kommunisten in den Hauptvorständen der drei Gewerkschaftsverbände. Bei den Metallarbeitern stellten sie 88,2 Prozent der Vorstandsmitglieder, bei den Bergleuten 82,3 Prozent und den Textilarbeitern 68,2 Prozent³⁰. In diesen Branchen waren über 50 Prozent aller polnischen Arbeiter beschäftigt.

Die Ausübung höherer Funktionen in der Gewerkschaftsstruktur durch Funktionäre der PPS war von der Zustimmung des Politbüros der PPR abhängig. Nicht selten wählte man Personen aus, die Vorwürfen moralischer Natur ausgesetzt waren, weil man mit ihrer Willfähigkeit rechnen konnte. Unter den führenden Repräsentanten der Sozialisten in der Gewerkschaftsbewegung war u.a. ein KZ-Häftling, dem unmoralisches Verhalten und Mißhandlungen von Mithäftlingen vorgeworfen wurde. Ein anderer Kandidat, der mit den Stimmen der PPR auf Empfehlung des Politbüros nominiert wurde, machte sich als Denunziant eines bekannten Funktionärs der PPS-WRN "verdient". Dies war übrigens eine allgemeine Praxis. So wurde u.a. ein PPS-Mitglied zum Wojewoden von Krakau berufen, ein ehemaliger Delegierter der Londoner Regierung in Lwów, der 1944 vom NKWD inhaf-

²⁸ AAN, CKW PPS sygn. 235/VII/109, Sprawozdanie organizacyjne WKR PPS (20 lutego 1945 r.), s. 3.

²⁹ AAN, CKW PPS sygn. 235/VII/105, Pismo WKR PPS w Katowicach do CKW PPS (6 września 1945 r.), s. 13.

³⁰ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/144, Układ polityczny w zarządach głównych (1945 r.), s. 21.

tiert wurde und zu Verhaftungen unter den Unabhängigkeitsanhängern beigetragen hat³¹.

Es ist unzweifelhaft, daß der Anteil von PPR-Mitgliedern in den Gewerkschaftsleitungen in den ersten Monaten ihres Wirkens keineswegs den tatsächlichen Einfluß dieser Partei unter den Arbeitern widerspiegelte. Er war ein Reflex der allgemeinen politischen Situation im Lande, namentlich der Anwesenheit der Roten Armee in den polnischen Gebieten. Dieser Einfluß beschränkte sich nicht nur auf den unmittelbaren Terror gegenüber Personen, die als politische Gegner der Kommunisten angesehen wurden. Er war auch von entscheidender Bedeutung für den strukturellen Aufbau der PPR und ihrer Satellitenorganisationen sowie für die Unterbindung von Versuchen, selbständige, sogenannte demokratische Parteien zu bilden und zu entwickeln. Die Bandbreite dieser Wirkungsmöglichkeiten war sehr groß. Den Politoffizieren der Roten Armee wurde im April 1945 u.a. aufgetragen: "1. mit allen Mitteln den Block der demokratischen Parteien zu festigen, ohne Zugeständnisse an reaktionäre Elemente, sondern durch ihre entschiedene Eliminierung aus den Blockparteien. Insbesondere müssen Schritte unternommen werden, die PPS von reaktionären Elementen zu reinigen, die im Grunde genommen eine legale Basis für eine konspirative Reaktion darstellen. 2. Hilfe ist nicht nur der Tätigkeit der PPR zu leisten, sondern auch anderen Parteien des demokratischen Blocks, die die Führung der PPR in diesem Block gewährleisten. 3. Der PPR muß geholfen werden, das Niveau der ideologischen Bildung und der Propagandaarbeit innerhalb der Partei zu heben, um Einfluß unter bedeutenden Teilen der polnischen Intelligenz zu gewinnen. 4. **Der PPR zu helfen, die Tätigkeit in den Gewerkschaften zu verstärken.** (Hervorhebung des Autors.) 5. Die möglichst schnelle organisatorische Formierung der Demokratischen Partei (Stronictwo Demokratyczne; Abk.: SD) zu unterstützen... 6. Die führende Rolle der PPR in der Jugendorganisation, dem "Kampfbund der Jungen" (Związek Walki Młodych; Abk. ZWM) auszubauen. 7. Nicht zuzulassen, daß die in der (Jugendorganisation) der "Vereinigung der Arbeiteruniversität" (Towarzystwo Uniwersytetu Robotniczego, Abk. TUR) zusammengeschlossenen Jugendlichen ihre Autonomie verlieren, deren Leitung die PPS ihren Einflüssen unterwerfen und so zugleich eine Annäherung an den ZWM behindern will"³².

Ein Schutzschirm besonderer Art, der über die Kommunisten gespannt wurde, war vor allem auf lokaler Ebene äußerst wichtig, weil sie in vielen

³¹ AAN, Relacja sygn. 78, Działalność KC PPR w Lublinie 1944 – relacja K. Witaszewskiego, s. 27; Polska-ZSRR. Struktury podległości. Dokumenty WKP(B) 1944-1949, Warszawa 1995, s. 132, 199.

³² Polska-ZSRR..., s. 135.

Regionen des Landes höchst geringe Resonanz besaßen. In der Regel wurden nach dem Einmarsch der Roten Armee die in den jeweiligen Orten wohnenden wenigen Kommunisten sofort aktiv. Sie wurden von den unmittelbar nach Beendigung der Kämpfe agierenden Operationsgruppen der PPR unterstützt. Typisch war die Lage im schlesischen Siemianowicie (einer Stadt, die vor dem Kriege zu Polen gehörte), wo eine Gruppe von 13 Kommunisten dank der Unterstützung des (sowjetischen) Stadtkommandanten "in allen Fabriken und Bergwerken Meetings organisiert, bei denen sie den Arbeitern "die Befreiung des demokratischen Polen durch die Rote Armee" bewußt machte. Bei dieser Gelegenheit wählten sie "die Fabrikkomitees, die Betriebsräte und die Vorstände der Gewerkschaften"³³. Dabei war es üblich, daß ein und dieselbe Person in verschiedenen Rollen auftrat. Dies war schon deshalb leicht, weil viele Schlüsselbetriebe der direkten Aufsicht der sowjetischen Militärbehörden unterstellt waren. In Schlesien wurde ein Kohlebergbauamt ins Leben gerufen, das bis zum April 1945 den gesamten Bergbau kontrollierte. Zum Leiter wurde der sowjetische Generalleutnant Paweł Miłowski ernannt. In Zabrze, das durch die Rote Armee am 26. Januar 1945 eingenommen wurde, erklärte der Militärkommandant der Stadt sein Einverständnis mit ersten Belegschaftsversammlungen der Betriebe erst Mitte April, als die PPR-Komitees gebildet worden waren³⁴.

Die Berufung von Gewerkschaftsinstanzen vollzog sich in der Regel auf allgemeinen Belegschaftsversammlungen, bei denen die Arbeiter durch Akklamation ihr Einverständnis mit den von den Organisatoren vorgeschlagenen Kandidaten bekundeten. Bei den Meetings waren in der Regel Offiziere der Roten Armee und der Polnischen Volksarmee sowie der neu gebildeten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verwaltungsbehörden anwesend. Dabei unterstrichen die Redner in autoritärem Ton die entscheidende Rolle der Kommunisten in der neuen Situation. Während eines am 4. Februar 1945 durchgeführten Meetings in der Grube "Milowice" erklärte der Sekretär des Zentralen Komitees der Gewerkschaften (KCZZ), Major Marian Czerwinski: "Das PPR-Komitee ist berechtigt, alle Instanzen zu kontrollieren.[...] Polen, die schlechte Ansichten haben und an London glauben, werden zu nichts zugelassen werden"; ein anderer Funktionär betonte: "Die PPR hat auf alles ein Recht, weil sie sich die Fahne der Unabhängigkeit Polens erkämpfte"³⁵.

³³ H.J. Kowalski, *Współpraca władzy ludowej z jednostkami Armii Czerwonej na terenie województwa śląsko-dąbrowskiego w latach 1945-1946*, Kraków 1981, s. 80 (mssp.)

³⁴ *Tamże*, s. 97, 144.

³⁵ ARZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 135, Protokół zebrania załogi kopalni „Milowice” (4 lutego 1945 r.), s. 13-14.

Die Taktik der Kommunisten bestand darin, neue Strukturen zu schaffen und zugleich alternative Organisationen auszuschalten. Versuche, unabhängige Verbände zu reaktivieren, wurden u.a. im Keim erstickt, so, als in Kielce und Radom Funktionäre der christlichen ZZP und des einstigen ZZZ im Januar 1945 einen Provisorischen Vorstand des ZZK bildeten. Adam Dolinski informierte in einem Bericht an das ZK der PPR, "daß er die alten, in Vergessenheit geratenen Vorstände...auseinander gejagt hat und alle, die beim allgemeinen Meeting der Eisenbahner 'Verwirrung' stiften wollten, 'demaskiert' habe"³⁶. Charakteristisch ist die Einschätzung von Funktionären der PPR, die die Gewerkschaftsbewegung organisierten, so des hohen Parteiaktivisten Wladyslaw Kuszyka. In einem Bericht über die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung stellte er u.a. fest, "daß die Kader, die sich dort einfanden, höchst ungeeignet waren" und zahlreiche Konflikte "zumeist von Parteigenossen" provoziert wurden. Dabei stellte er die gleichsam rhetorische Frage: "Ich weiß nicht, wo die PPR-Schlägertruppe herkam. Ob von hier, wo ein Hinterland seitens der Roten Armee bestand"³⁷. In der Mehrheit rekrutierten sich die Gewerkschaftsfunktionäre aus kommunistischen Kadern der Vorkriegszeit. Nicht selten stellte ihre radikale Einstellung die Leitung der PPR vor eine verzwickte Situation. So gab es beispielsweise Forderungen nach der Eingliederung Polens in die Sowjetunion, der Einführung von Terror, von Galgen auf den Straßen und öffentlichen Exekutionen und von Schnellgerichten, dem Verbot, polnische Fahnen zu hissen, weil "die Sowjetordnung eingeführt" sei. Allgemein wurde auch die Notwendigkeit in Frage gestellt, mit Vertretern anderer "demokratischer" Parteien zusammenzuarbeiten u.s.w.³⁸.

Unter den damaligen Bedingungen hatte die christliche Gewerkschaftsbewegung praktisch keinerlei Möglichkeiten, eine legale Tätigkeit auszuüben, da ihr politisches Pendant, die "Partei der Arbeit" (SP) erst Mitte November 1945 legalisiert wurde. Entsprechend der katholischen Soziallehre konnte eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung nur unter der Bedingung akzeptiert werden, daß diese Gewerkschaft in ihren Statuten und in ihrem praktischen Wirken die Grundsätze christlicher Moral respektierte und vor allem die Staatsverfassung den Arbeitern eine freie Wahl der politischen Partei sowie das Recht garantierte, verschiedene gesellschaftliche Organisationen zu bilden: kulturellerzieherische und religiöse Vereinigungen. Im September 1945 stellte Konstany Turowski, vor dem Kriege Mitglied des

³⁶ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/18, Sprawozdanie z woj. kieleckiego do KC PPR (1945 r.), s. 16-17.

³⁷ AAN, Relacje sygn. 290, Kształtowanie się władzy ludowej – relacja W. Kuszyka, s. 6-7.

³⁸ ARZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 14, s.185; sygn. 18, s. 1, 41; sygn. 19, s. 27, 166-167; sygn. 20, s. 1;

Hauptvorstandes des ChZZ, in der katholischen Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" in einer Analyse der damaligen Situation fest: "Unter der Bezeichnung 'Zentrale Kommission der Gewerkschaftsverbände' (Centralna Komisja Związków Zawodowych, Abk.: CKZZ) wurde eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit marxistischer Ideologie geschaffen, die das Recht, Gewerkschaftsfunktionen zu bekleiden, ausschließlich zwei Parteien zuerkannte, der PPR und der PPS, während Funktionären der christlichen Gewerkschaftsbewegung dies völlig verwehrt wurde. Auf diese Weise wurde die eine Viertel Million umfassende christliche Gewerkschaftsbewegung, die eine große Tradition und einen bedeutenden Erfahrungsschatz in der praktischen Arbeit besaß, mit einem Federstrich ausgelöscht. [...] Man muß nicht hinzufügen, daß bei uns durch die Vernichtung der Existenz der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Konfiskation ihres Vermögens keine Bedingungen geschaffen worden sind, unter denen eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung existieren könnte, ohne das Gewissen vieler ihrer Mitglieder anzutasten"³⁹.

Eine Einschätzung der Tätigkeit der zweiten Säule der Arbeitervertretung – der Betriebsräte – in den ersten Monaten nach dem Kriege fällt nicht leicht. In der wissenschaftlichen Literatur und zahlreichen Erinnerungen wird vor allem ihr Anteil an der Rettung und Sicherung der Betriebe am Ende des Krieges hervorgehoben. Ohne diese Feststellungen über einzelne Betriebe in Frage stellen zu wollen, muß man jedoch daran denken, daß sie keineswegs gestatten, Verallgemeinerungen dieser Art hinsichtlich der gesamten Industrie vorzunehmen. In vielen Fabriken wurden solche Versuche nicht unternommen. Es gab sogar Fälle von Räubereien, die von den Belegschaften selbst durchgeführt wurden. In Schlesien, wo der Literatur zufolge der Schutz der Betriebe besonders ausgeprägt war, beteiligten sich daran in 53 Gruben 2.175 Personen. Bedenkt man, daß in ihnen über 100.000 Personen beschäftigt waren, so nahmen an diesen Aktionen etwas mehr als 2 Prozent der Beschäftigten teil. Obendrein war die Zahl der Engagierten in den einzelnen Gruben sehr differenziert, in einigen Fällen waren über 300 Personen, in anderen weniger als 10 beteiligt (in nahezu der Hälfte der Gruben waren es weniger als 20 Personen). In vielen Fällen waren die damals von den Belegschaften unternommenen Aktionen unorganisiert und resultierten aus dem natürlichen Wunsch, die eigenen Arbeitsplätze zu sichern. Bei diesen Aktionen wirkten Arbeiter, Techniker und Angestellte solidarisch mit, ohne sich offen mit konkreten politischen Gruppierungen zu identifizieren⁴⁰.

³⁹ „Tygodnik Powszechny“ nr 27 z dnia 23 września 1945 r., s. 2.

⁴⁰ ARZ, KCZZ Wydział Ekonomiczny sygn. 144, Uruchomienie produkcji 1945-1946.

Die Zahl der Fabrikkomitees, die mit der kommunistischen Bewegung verbunden und vor dem Ende des Krieges entstanden waren, war im gesamtwirtschaftlichen Ausmaß minimal. Angesichts der Haltung der PPR-Mitglieder waren sie in der Mehrheit aus einer Partei bestehenden Organe, wodurch ihr wirklicher Einfluß auf die Belegschaften eingeschränkt wurde. Tatsache bleibt jedoch, daß die Räte unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen massenhaft entstanden. In den Großbetrieben wurden sie auf allgemeinen Belegschaftsversammlungen – durch Akklamation von Kandidaten, die die PPR-Komitees vorschlugen – gebildet. In kleineren Betrieben wurden sie durch delegierte Parteinstruktoren, Vertreter der Wirtschaftsverwaltung und der Gewerkschaften ins Leben gerufen. In Krakau, wo der Einfluß der Kommunisten stets unbedeutend war, wurden nahezu alle Betriebsräte auf Initiative und unter der Aufsicht der PPR berufen. Alle Räte, die nicht völlig kontrolliert werden konnten, wurden aufgelöst. Das nahm derart alarmierende Ausmaße an, daß das Stadtkomitee der PPR im April 1945 folgende Einschätzung traf: "Eine beunruhigende Erscheinung besteht darin, daß die Zelle den Betriebsrat auswechselt und diese allein in der Fabrik etwas zu sagen hat. Der Betriebsrat ist der Repräsentant aller Arbeiter; ihn kann nur die Bezirkskommission der Gewerkschaften auswechseln"⁴¹. Dabei ist offenkundig, daß nach dem damals geltenden Recht auch die Kommission eine derartige Berechtigung nicht besaß. In vielen Betrieben bestand praktisch kein Unterschied zwischen den Parteizellen und den Betriebsräten. Im Juni 1945 warnte Henryk Altman auf einer Tagung des Exekutivkomitees des KCZZ vor einer allgemeinen Gleichsetzung der Räte mit der "inneren Organisation" der Partei⁴². Wie einen Monat später informiert wurde, waren in Schlesien "angesichts der Vorherrschaft der PPR in der Industrie die Betriebsräte eng mit den Parteizellen verbunden und führten eine gleichgeartete Politik. Die Parteizellen arbeiteten in der Regel nicht mit den Direktionen zusammen, überließen dies den Betriebsräten, deren Ansichten überwiegend mit den Auffassungen der Zellen übereinstimmten... Vom Kampf um die Macht absorbiert, verlieren sie ihren Kontakt mit den Arbeitermassen und so deren Vertrauen [...]"⁴³.

Unter solchen Umständen verwundert es nicht, daß die Betriebsräte in den ersten Monaten des Jahres 1945 nahezu gänzlich von PPR-Mitgliedern

⁴¹ Archiwum Państwowe w Krakowie (dalej APKr), KW PPR sygn. 1/VI/52, Sprawozdanie z miejskiej konferencji PPR (19 kwietnia 1945 r.), s. 46.

⁴² ARZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn.44, Protokół posiedzenia Wydziału Wykonawczego KCZZ (15 czerwca 1945 r.) – wystąpienie H. Altmana, s. 37.

⁴³ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/29, Pismo KW PPR w Katowicach do KC PPR (11 lipca 1945 r.), s. 148-150.

beherrscht wurden. Wir verfügen zwar über keine allgemeinen Statistiken, aber wie aus zahlreichen Berichten sowohl der PPR- als auch der PPS-Komitees hervorgeht, war dies eine allgemeine Erscheinung. Eine solche Situation bestand vor allem in Betrieben der Wojewodschaften Krakau, Łódź, Posen, Warschau sowie in Schlesien und im Dąbrowa-Becken. Im letzten Fall verfügen wir über Angaben hinsichtlich der Zusammensetzung der Räte in 79 Gruben und Fabriken im April 1945. Die Gesamtzahl der Ratsmitglieder betrug 563, bei 93 von ihnen fehlen Angaben über ihre Organisationszugehörigkeit. Von den verbleibenden 470 Betriebsräten gehörten 326 der PPR (also 69,4 Prozent), 43 der PPS (9,1 Prozent) an; 64 waren parteilos (13,6 Prozent), 31 waren Gewerkschaftsmitglieder (6,6 Prozent). Die übrigen Personen erklärten ihre Zugehörigkeit u.a. zur KPP (?), dem Handwerkerbund, der Vereinigung der Geistesschaffenden (insgesamt 6 Personen, also 1,3 Prozent)⁴⁴. Man muß jedoch hervorheben, daß im April 1945 – wie aus Dokumenten ersichtlich ist – der Anteil von PPR-Betriebsräten im Vergleich zum Jahresbeginn zurückging. Räte, deren Tätigkeit vom damaligen Regime als oppositionell eingeschätzt wurden, hatten praktisch keine Chance zum überleben. In der Grube "Myslowice" erschien wenige Tage nach der Berufung eines 10-köpfigen Betriebsrates ein Vertreter der PPR in Begleitung des sowjetischen Stadtkommandanten und verlangte eine Änderung seiner Zusammensetzung. Er präsentierte eine Liste von – den Arbeitern unbekannt – Personen, die er ohne Abstimmung durchsetzte. Es kam auch vor, daß die von den Belegschaften eigenmächtig aufgestellten Vertretungen auf Empfehlung der Sicherheitsorgane aufgelöst wurden. So geschah es in der Grube "Miechowice", wo am 14. Juli 1945 auf "Empfehlung der Sicherheitsorgane..." ein neuer kommissarischer Betriebsrat gebildet wurde. Nebenbei bemerkt, war dies schon der dritte Betriebsrat, der im Verlaufe von 6 Monaten berufen worden war. Ratsmitglieder, die allzu aktiv z.B. gegen die Demontagen der Betriebe durch die Sowjetarmee protestierten, wurden verhaftet und durch gegenüber den örtlichen Kommandanten der Roten Armee "bereitwilligere" Elemente ersetzt (so geschehen u.a. in der Grube "Sośnica"). In einigen Betrieben fanden die Beratungen der Räte im Beisein der Sicherheitsorgane statt, die auch Informationen über deren Zusammensetzung verlangten. Es ist deshalb schwierig, etwas darüber auszusagen, wie repräsentativ die damaligen Arbeitervertretungen waren, wenn man bedenkt, daß im gleichen Zeitraum Tausende von Bergarbeitern in die Sowjetunion deportiert wurden. Um der Gerechtigkeit willen muß man anerkennen, daß in den folgenden Monaten

⁴⁴ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/33, Spis członków fabrycznych i kopalnianych rad załogowch (kwiecień 1945 r.), s. 22-44; J. Chumiński, *Ruch...*, s. 160.

sowohl Funktionäre der Betriebsräte als auch der Gewerkschaften versuchten, zugunsten der verschleppten Personen zu intervenieren. In der Grube "Bielszowice" faßte der Betriebsrat am 24. Juli den Beschluß, die Anordnung, den internierten Personen die Wohnungen wegzunehmen, aufzuheben. Am 17. Oktober richtete er an die Behörden die Forderung, die Deportierten freizulassen. Zu ähnlichen Aktionen kam es u.a. in den Gruben "Zabrze-Ost" und "Emma"⁴⁵.

Die Zusammensetzung der Räte und deren Identifikation mit den Zellen der PPR (wo häufig die gleichen Personen beiden Gremien angehörten) bewirkten eine Konzentration ihrer Tätigkeit auf politische Ziele. Hierzu gehörte vor allem die Ausschaltung von Personen aus den Fabriken, die als politische Gegner angesehen wurden. In der Grube "Bielszowice" unternahm "der Betriebsrat alles, um feindliche Elemente aus dem Bergwerk zu entfernen". In der Grube "Zbyszek" wurden "Personen mit reaktionäres Einstellung ... ausgeschieden", in der Grube "Michał" übernahm "der Rat die Verantwortung, unsichere Elemente auszuschalten" etc. In der ersten Zeit bekämpften die Räte besonders aktiv Betriebsdirektionen, die aus Kadern aus der Vorkriegszeit bestanden. Wie in einem Bericht des Wojewodschaftskomitees der PPR in Łódź vom Mai 1945 vermerkt wurde, "ist bei den Betriebsräten das Verhältnis zu den Direktoren, die Tendenz, sie zu bekämpfen und abzulösen sowie an ihrer Stelle Arbeiter einzusetzen, noch nicht so weit entwickelt, wie wir es wünschten"⁴⁶. Das Engagement der Räte, sich ihre Mitglieder durch Bemühung um Vertrauen zu verpflichten, stärkte ihre Autorität nicht. Die Personaldirektoren der Kombinate und Betriebe bildeten eigene Informationsnetze aus. In der Vereinigung der Kohleindustrie von Zabrze wurde – wie man im Juli 1945 berichtete – "ein Informationsnetz in der Betrieben geschaffen, in das man die Betriebsräte, die Parteien und insbesondere die PPR einbezog". Zwei Monate danach hieß es: "Bei der Organisation des Informationsnetzes wurden große Erfolge durch die Einbeziehung von zur Zusammenarbeit bereiten PPR-Mitgliedern und Betriebsräten erzielt, die insgesamt in das bislang bestehende Netz eingegliedert werden konnten". Das Personalbüro der Vereinigung in Bytom meldete, es habe "seinerseits in der Grube ein Informationsnetz or-

⁴⁵ ARZ, KCZZ Wydział Ekonomiczny sygn.375, Materiały nadesłane ze Związku Zawodowego Górników 1945 r. ; AAN, Grupy Operacyjne Komitetu Ekonomicznego Rady Ministrów (dalej: GO KERM) sygn. 654, Pismo do zarządu Fabryki „Krug” w Zabrzu (15 maja 1945 r.), s. 103; Z. Woźniczka, Z Górnego Śląska do sowieckich łagrów, Katowice 1996, s. 40; Z. Kantyka, Między utopią a ideologią. Ruch zawodowy w województwie śląsko-dąbrowskim 1945-1949, Katowice 1991, s. 34, 151, 333.

⁴⁶ AAN, KC PPR sygn.295/IX/208, Sprawozdanie KW PPR w Łodzi za okres 15 kwietnia – 15 maja 1945 r., s. 12; ARZ, KCZZ Wydział Ekonomiczny sygn. 375, Materiały nadesłane ze Związku Zawodowego Górników 1945 r.

ganisiert, das über Vertrauensleute in allen Bereichen des Grubenlebens verfüge". Die Arbeitnehmer kamen jedoch sehr schnell dem Vorgehen auf die Schliche. Wie aus einem Ende 1945 erstatteten Bericht des Leiters des Personalbüros der Vereinigung in Zabrze hervorgeht, ist das "Informationsnetz jeden Tag ergänzt worden, gleichwohl muß ich feststellen, daß seine Tätigkeit gegenwärtig nicht solche Ergebnisse erbringt wie zuvor. Ursache hierfür ist wahrscheinlich das intelligentere Vorgehen der Gegner und das wenig stabile Niveau des Informationssystems". In einem weiteren Bericht erklärte der Verfasser: "Das Informationsnetz erbringt keine herausragenden Ergebnisse; nur in der Grube 'Concordia' kam es zu einer grundlegenden und berechtigten Säuberung". Inwiefern und wie viele Betriebsratsmitglieder direkt mit den Sicherheitsorganen zusammenarbeiteten, läßt sich leider nicht feststellen⁴⁷.

Im Frühjahr 1945 gingen die Kompetenzen der Betriebsräte, die sie gemeinsam mit den PPR-Komitees ausübten, in den Betrieben weit über die im Dekret vorgesehenen Rechte hinaus. Sie wählten die Fabrikleitungen aus, beaufsichtigten die Verwaltung, verfügten über einen Teil der Produktion, bestimmten die Höhe der Entlohnung der Arbeitnehmer etc. Dies war der Preis, den die politische Führung bewußt zahlte, damit die Betriebsräte ihren politischen Auftrag erfüllten, der darin bestand, die politischen Gegner zu eliminieren, das Ausmaß der Nationalisierung (von Betrieben – d.Ü.) zu erweitern und die Unterstützung seitens der Arbeiter zu gewinnen. In Resolutionen, die erstmals nach dem Kriege bei Wojewodschaftskonferenzen der PPR Anfang 1945 gefaßt wurden, empfahl man, "Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte zu Mitteln des Kampfes gegen den Bürokratismus und den Filz im Wirtschafts- und Staatsapparat, zu Zentren der Mobilisierung der arbeitenden Massen zu einem großen gesamtationalen Aufbruch zu machen"⁴⁸. Das bedeutete jedoch keineswegs eine Akzeptanz einer wirklichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Leitung der Unternehmen, umso mehr, als sich in vielen Fällen derartige Praktiken der Kontrolle entzogen. Wie aus überlieferten Dokumenten hervorgeht, waren Fälle eines Produktionsrückgangs auf Grund von Forderungen, die Verpflichtungen der Arbeiter zu verringern, nicht gerade häufig. Im Gegenteil: Die Betriebs-

⁴⁷ AAN, Ministerstwo Przemysłu i Handlu (MPiH) sygn. 186, Dwutygodniowe sprawozdanie z działalności Biura Personalnego Bytomskiego Zjednoczenia Przemysłu Węglowego w Bytomiu 15-31 października 1945 r., s. 29; AAN, MPiH sygn. 188, Sprawozdanie Biura Personalnego Zabrskiego Zjednoczenia Przemysłu Węglowego 5-25 lipca 1945 r., s. 189; Sprawozdanie 1-15 września 1945 r., s. 202; Sprawozdanie 1-15 grudnia 1945 r., s. 237; Sprawozdanie 16 grudnia – 1 stycznia 1946 r., s. 249;

⁴⁸ APKr, KW PPR sygn. 1/1/1, Wojewódzka Konferencja Partyjna w Krakowie (11-12 marca 1945 r.), s. 44; K. Kloc, *Historia samorządu robotniczego w PRL 1944-1989*, Warszawa 1992, s. 26.

räte setzten sich gewöhnlich aktiv für die Mobilisierung größerer Anstrengungen ein. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß das Vorgehen der Kommunisten in Polen die Taktik nachvollzog, die von den Bolschewiki 1917/18 angewandt wurde. Die Beteiligung von Arbeitnehmern an der Leitung von Fabriken – was sich zumeist auf die Akklamation bei Abstimmungen auf Versammlungen beschränkte, die von Parteikomitees veranstaltet wurden – war lediglich als Übergangsform gedacht. Wie Lenin meinte, war der Übergang "vom Zeitraum einer neuen Wertung der Lebensbedingungen und neuer Aufgaben durch die arbeitenden Massen" zu "höheren Formen der Arbeitsdisziplin [...] von der bedingungslosen Unterordnung während der Arbeit unter die Anordnungen einzelner Repräsentanten der Sowjetmacht geprägt"⁴⁹. Es ist deshalb begründet nachzufragen, weshalb die Behörden überhaupt auf die Unterstützung der Räte verzichteten. Eine solche Absicht hatten sie auf lange Sicht eigentlich nicht, aber man darf natürlich einen Konflikt zwischen verschiedenen Gruppen des Partei-Establishments über den Einfluß in der Wirtschaft nicht ausschließen: Soll die dem Industrieministerium untergeordnete Bürokratie dominieren oder eine Teilung der Macht mit dem Parteiapparat erfolgen? Dieser Streit betraf weder die Einführung einer realen Selbstverwaltung in den Betrieben noch die Frage, ob die Wirtschaft von politischen Einflüssen frei sein sollte. Offen bleibt, weshalb dies im gegebenen Augenblick umstritten war.

Die Entscheidung über die Beschränkung der Kompetenzen der Betriebsräte fiel ziemlich unerwartet. Noch im April 1945 hatte sich das ZK der PPR in einer Instruktion für eine Erweiterung der Kontrolle der Gewerkschaften und der Betriebsräte gegenüber der Wirtschaftsverwaltung ausgesprochen. Ihnen sollte das Recht garantiert sein, an der Ausarbeitung der staatlichen Volkswirtschaftspläne teilzunehmen, die Erfüllung der Produktions- und Wirtschaftspläne in den Vereinigungen und Fabriken zu kontrollieren, stellvertretende Direktoren der Zentralen, Vereinigungen und Fabriken im Einvernehmen mit dem Industrieministerium zu nominieren und Beratungen über Fragen der Produktion gemeinsam mit entsprechenden staatlichen Organisationen einzuberufen⁵⁰.

Indessen wurden einen Monat später Entscheidungen getroffen, die den Räten praktisch jeglichen Einfluß auf die Leitung der Unternehmen nahmen. Auf dem Plenum des ZK der PPR im Mai 1945 wurde unterstrichen, daß es nötig sei, die Autorität der Direktoren von Unternehmen zu erhöhen. Es ist unzweifelhaft, daß dies in gewissem Maße von der dramati-

⁴⁹ J.W. Gołębiowski, *Nacjonalizacja przemysłu w Polsce*, Warszawa 1965, s. 191.

⁵⁰ Tamże, s.20-201; ARZ, KCZZ Wydział Prezydyalny sygn.21, Protokół posiedzenia Wydziału Wykonawczego KCZZ (21-22 kwietnia 1945 r.), s. 7, 16, 29-30.

schen wirtschaftlichen Lage im Lande bewirkt worden war. Bezeichnend ist, daß die Verantwortung für den Niedergang der Autorität der Leitungskader allein den Räten angelastet wurde, während hierfür in weit höherem Maße die Parteikomitees verantwortlich waren. Am 1. Juni 1945 wurde eine Instruktion des Industrieministeriums "Über die Abgrenzung der Kompetenzen der Direktoren der Betriebe und der Betriebsräte"⁵¹ veröffentlicht, durch die die Rechte der Räte nahezu ausschließlich auf soziale Belange beschränkt wurden (das Recht ausgenommen, gemeinsam mit dem Direktor die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern zu entscheiden, die nicht durch übergeordnete Instanzen der Betriebe nominiert worden waren). In technischen Angelegenheiten, Verwaltungsfragen und Prämienvergaben für die Mitarbeiter sollten die Betriebsräte lediglich über ein beratendes Stimmrecht verfügen.

Ohne die in der Literatur hervorgehobenen ökonomischen Motive zu negieren, die über die Beschränkung der Kompetenzen der Betriebsräte entschieden⁵², dürften für die Wahl des Zeitpunkts politische Rücksichten ebenso wichtig gewesen sein. Diese Entscheidungen wurden unmittelbar vor der Berufung der "Provisorischen Regierung der nationalen Einheit" gefällt, deren Bildung es notwendig machte, zumindest teilweise das Machtmonopol der Kommunisten einzuschränken. Die Leitung der PPR beunruhigten die seit März 1945 unternommenen Versuche einiger Funktionäre der PPS, den Einfluß dieser Partei auf die Gewerkschaftsbewegung auszuweiten. Davon zeugt ein innerparteiliches Rundschreiben vom 1. März 1945, das für die Gewerkschaftsorganisationen die Rolle "eines überaus wichtigen Organisators der Produktion" vorsah. Die PPS müsse deshalb "die Gewerkschaftsbewegung mit besonderer Fürsorge umgeben, da sie einen Grundpfeiler der Produktion darstellt, auf dem das gesamte Wirtschaftsleben Polens beruht"⁵³. Diese Vorschläge basierten auf der Grundidee, die gesamte Wirtschaft einer gesellschaftlichen Aufsicht zu unterwerfen. Vorgesehen war nicht nur, die Industrieunternehmen einer Kontrolle durch die Betriebsräte zu unterstellen, sondern auch Kontrollinstitutionen durch Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen auf der Ebene der Industrieleitungen zu bilden. Der Beschluß Nr. 51 des Zentralen Exekutivkomitees der PPS empfahl sogar, nach den Wahlen einen Gesamtstaatlichen

⁵¹ APWr, UWW sygn. XI/1, Instrukcja Ministerstwa Przemysłu z dnia 1 czerwca 1945 r. o rozgraniczeniu kompetencji dyrektorów zakładów i rad zakładowych, s. 3.

⁵² K. Kloc, *Historia...*, s. 35-41.

⁵³ J. Naumiuk, *Niektóre problemy teoretyczne funkcjonowania ruchu zawodowego w Polsce Ludowej (1944-1949)*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1981 nr 4, s. 7-8; J. Tomaszewski, *Ruch zawodowy na Dolnym Śląsku w latach 1945-1950*, Wrocław 1994, s. 36 (msp.); AAN, CKW PPS sygn. 235/XIII/2, Okólnik nr 35 (5 czerwca 1945 r.), s. 1.

Kongreß von Vertretern der Betriebsräte einzuberufen, der sich mit der Vergesellschaftung der Industrie per Gesetz beschäftigen sollte⁵⁴. Diese Forderungen wurden von der Leitung der PPR entschieden zurückgewiesen. Vermutlich ergab sich diese Ablehnung aus der Erkenntnis, wie gering die Popularität der Kommunisten war, weil bei gewählten Institutionen – bei denen wenigstens teilweise demokratische Regeln eingehalten werden mußten – deren Kontrolle verlorengehen konnte. Dies hätte auch bedeutet, daß bei einer Ausweitung und selbst der Beibehaltung der Kompetenzen der Arbeitnehmervertretungen den Kommunisten der Verlust einer völligen Aufsicht über die Industrie drohte; über einen Bereich, den sie wegen der sozialen Basis und der Möglichkeit, über die materiellen Güter zu verfügen, als strategisch wichtig ansahen. Aus diesen Gründen erfolgte vermutlich die eilige Einschränkung der Kompetenzen der Betriebsräte und die Wende im Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung. Im letzten Falle ging es um eine Einengung der politischen Aufgaben und um ein größeres Engagement bei der – zumindest verbalen – Verteidigung der sozialen Lebensinteressen der Arbeitnehmer. Dieses Vorgehen wurde ziemlich rasch von der Basis durchschaut. Im September 1945 wurde während einer Tagung des Wirtschaftsrates der PPS, bei der man über Möglichkeiten beriet, den Einfluß der Partei auf die Wirtschaft auszuweiten, die Leitung darauf hingewiesen, daß es schwierig sein würde, zu diesem Zweck die Betriebsräte zu nutzen, weil wie ein Redner feststellte – "angesichts der Bemühungen der PPS, bei ihnen ein Übergewicht zu gewinnen, die Tendenz der PPR spürbar ist, die Rolle der Räte zu verringern"⁵⁵. (Nebenbei sei bemerkt, daß das höchste Amt, das damals von einem PPS-Mitglied bekleidet wurde, die Stellung eines Abteilungsleiters in einer Zentralverwaltung war).

Es ist paradox, daß die Kompetenzen und die tatsächliche Rolle der Arbeitervertretungen in der Zeit am größten waren, als sie von den Kommunisten abhingen. In dem Moment, da ein Prozeß ihrer Emanzipation vonstatten ging, wurden ihre Rechte erheblich eingeschränkt.

Die Etappe der Herausbildung der Organisationsstruktur der neuen Gewerkschaftsbewegung im Rahmen einer Zentrale mit der Einberufung des I. / VII. Kongresses der Gewerkschaften zum 18. -21. November 1945. Seine Vorbereitung begann im Juni 1945. Der ursprünglich anberaumte Termin für Anfang September konnte nicht eingehalten werden, weil die politische und ökonomische Lage im Lande sehr schwierig war, insbesondere wegen der zahlreichen Zusammenstöße und Streiks, die im Zusammenhang mit der schlechten Lebensmittelversorgung ausbrachen. Der Kon-

⁵⁴ AAN, CKW PPS sygn. 235/VI/4, Okólnik nr 51 (1945 r.), s. 36.

⁵⁵ AAN, CKW PPS sygn. 235/VI/9, Protokół posiedzenia Rady Gospodarczej (25 września 1945 r.) – wystąpienie tow. Motyki, s. 5.

groß brachte im Vergleich zu früheren Deklarationen wenig Neues. Die Gewerkschaften sollten vom Staat und den politischen Parteien unabhängig, aber nicht apolitisch sein. Darauf, daß diese Formulierungen eine Fiktion waren, machten nur wenige Delegierte aufmerksam. Einer von ihnen warnte, "die Gewerkschaftsorganisationen dürften keine Domäne einer Partei sein und kein Objekt, bei dem die eine oder andere Partei ihre Ziele zu erreichen versuche; das Parteibuch könne in der Gewerkschaft nicht alles sein"⁵⁶.

Im Verlauf der Beratungen erklärten zwei Gewerkschaftszentralen aus der Vorkriegszeit offiziell ihren Beitritt zur KCZZ, und zwar die "Polnische Gewerkschaftsvereinigung" (Zjednoczenie Zawodowe Polskie, Abk.: ZZP) und die "Zentrale Verständigungskommission der Gewerkschaften der Geistesarbeiter, der Staats-, Selbstverwaltungs- und Privatangestellten" (Centralna Komisja Porozumiewawcza Związków Zawodowych Pracowników Umysłowych, Państwowych, Samorządowych i Prywatnych w Polsce), die 1936 entstanden war und den linken Flügel des "Sanacjalagers" repräsentierte, allerdings nach dem Kriege nicht mehr tätig war. Der Vorsitzende der "Partei der Arbeit" (SP), Karol Popiel, kritisierte bei seiner Begrüßungsansprache an den Kongreß in verschleierter Form die bisherige Funktionsweise der Gewerkschaften und äußerte die Hoffnung, daß im Rahmen der vereinigten Gewerkschaftsbewegung deren Aktivitäten unterschiedliche ideologische Ausprägungen erfahren werden. Popiel erklärte damals: "Die neue Organisation... wird ihre Aufgaben erfüllen und die Massen der polnischen Arbeiter und Angestellten nicht enttäuschen, wenn sie die ehemaligen Trennlinien überwindet, ihre Unabhängigkeit vom parteipolitischen Druck bewahrt und ehrlich die Grundsätze der Toleranz gegenüber unterschiedlichen ideologischen und Politischen Ansichten beachtet"⁵⁷. Es ist unzweifelhaft, daß die Entscheidung über die Auflösung der christlichen Gewerkschaftszentrale erzwungen worden war und den Preis darstellte, den die Führungsgremien der SP für die Legalisierung ihrer Partei bezahlen mußten. Der Beschluß über deren Anerkennung als legale politische Partei wurde am 14. November gefaßt, kaum eine Woche vor dem Gewerkschaftskongreß. Wie aus Untersuchungsmaterialien vor dem Prozeß gegen Funktionäre der SP, der 1951 stattfand, hervorgeht, war die konspirative KCZZP noch vor der Legalisierung der SP tätig. Infolge von Verhaftungen durch die Sicherheitsbehörden wurde sie jedoch dezimiert. Im Juni 1945

⁵⁶ ARZ, KCZZ Wydział Prezydyjalny sygn. 14, Stenogram z drugiego dnia obrad I/VII Kongresu Związków Zawodowych (18-21 listopada 1945 r.) – wystąpienie W. Koczuba, s. 40-43.

⁵⁷ Tamże sygn. 14, wystąpienie K. Popiela, s. 69-70; K. Turowski, *Historia ruchu chrześcijańsko-demokratycznego w Polsce*, Warszawa 1989, s. 518.

berief man eine neue Zentralkommission, der nunmehr Antoni Antczak und Konstanty Turowski angehörten. Die Kommission teilte das Land in fünf Bezirke auf, mit deren Organisation sich die Funktionäre der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus der Vorkriegszeit beschäftigen sollten. Man stattete sie mit recht geringen Geldmitteln aus (mit etwa 200 Dollar). Diese Aktion war jedoch angesichts der zahlreichen Verhaftungen von Funktionären, die ohne Zustimmung der Behörden die Partei reaktivieren wollten, im Juli 1945 durch die Sicherheitsorgane zunichte gemacht worden. Wie aus Berichten von Antoni Antczak hervorgeht, beschränkten sich die Aktivitäten in den nachfolgenden Monaten auf Treffen mit örtlichen Funktionären, bei denen diese von der Notwendigkeit überzeugt wurden sich in die offiziellen Strukturen der Gewerkschaftsbewegung einzugliedern. Es gab jedoch sehr starke Widerstände, obwohl die Zahl der Kongreßdelegierten, die mit der christlichen Richtung verbunden waren, kaum mehr als 10 Personen betrug. Nach der Reaktivierung der SP nahm die Führungsgruppe des ZZP die Bezeichnung "Kommission für Arbeitnehmerfragen beim Hauptvorstand der SP" an. Sie repräsentierte auch die christliche Bewegung auf dem Gewerkschaftskongreß⁵⁸.

Die Hoffnungen von Karol Popiel auf einen Wandel im Verhalten der Behörden zu den Gewerkschaften wurden durch die Behandlung einer Abordnung der SP bitter enttäuscht, die eine offizielle Erklärung über die Eingliederung des ZZP in die Strukturen der KCZZ abgeben sollte. In der ursprünglich vorbereiteten Version der Deklaration vom 19. November 1945 hieß es: "Die Vertreter der Polnischen Gewerkschaftsvereinigung (ZZP) erklären ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in einer einheitlichen Gewerkschaft auf allen ihren Ebenen, weil sie zutiefst davon überzeugt sind, daß die ideellen und politischen Ansichten der Anhänger der christlichen sozialen Bewegung innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung voll und ganz anerkannt und respektiert und die Funktionäre des ZZP in einem entsprechenden Proporz in der Gewerkschaftsleitung vertreten sein werden. Der am folgenden Tag bekanntgemachte Text wich von der ursprünglichen Version ab. Es hieß nun, "daß die Mitglieder des ZZP in die Reihen der vereinten Gewerkschaftsbewegung in der Überzeugung eintreten, daß die ideologischen und politischen Ansichten der Anhänger der christlichen sozialen Bewegung wie bisher und auch in Zukunft in Rahmen der vereinigten Gewerkschaftsbewegung voll und ganz anerkannt und respektiert werden." Dieses veränderte Fragment suggerierte, daß die Mitglieder des ZZP schon früher aus eigenem Antrieb der neuen Gewerkschaftsorganisation beigetreten waren und dort der Grundsatz der Achtung der ideologischen und

⁵⁸ *Sojusznicy Gestapo. Proces Kwasiborskiego i innych*, Warszawa 1951, s. 13-14, 78-79.

politischen Ansichten der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelte. Auch die Kooptierung eines Vertreters des ZZP in das Präsidium der KCZZ erfolgte unter Verletzung demokratischer Regeln. Im Gegensatz zu dem Vorschlag, die Entscheidung einer Konferenz von christlichen Gewerkschaftsfunktionären zu überlassen, wurde das Mandat Stefan Brzezinski übertragen, der in der SP einer den Kommunisten zugeneigten Fraktion angehörte⁵⁹.

Trotz einer gewissen Öffnung der Kaderzusammensetzung blieb die Dominanz der Kommunisten in den Leitungen der Gewerkschaftsbewegung bis zum Ende des Jahres 1945 sehr ausgeprägt. Im neu gebildeten KCZZ waren Mitglieder der PPR zu 60,4 Prozent (32 Personen), der PPS zu 30,2 Prozent (16 Personen), Parteilose zu 7,5 Prozent (4 Personen) und die SP mit einem Repräsentanten vertreten. An die Stelle des bisherigen Vorsitzenden Adam Dolinski, der zum Ehrenvorsitzenden berufen wurde (und auch Leiter der Gewerkschaftsabteilung im ZK der PPR war), wählte man Kazimierz Witaszewski. Wie damals die Wahlprozedur aussah, zeigt am besten die Verfahrensweise bei der Berufung einiger Leitungsmitglieder, die von der Leitung der PPR benannt, aber auf dem Kongreß nicht anwesend waren (Włodzimierz Sokorski, zum Ersten Sekretär des KCZZ gewählt, kam erst Anfang Dezember 1945 nach Warschau; vorher erhielt er sein Mandat – ebenfalls in Abwesenheit durch die Eisenbahnergewerkschaft). In den Hauptvorständen der Branchengewerkschaften stellten die Kommunisten 54 Prozent, in Schlüsselzweigen wie dem Bergbau, der Textil- und der Metallindustrie, über 70 Prozent. Die Sozialisten waren zu 32 Prozent, die Mitglieder der Demokratischen Partei (SD) mit 1 Prozent, die der Volkspartei (SL) mit 1,5 Prozent und die Parteilosen mit 11,5 Prozent vertreten⁶⁰.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Preis, den die Gewerkschaften für ihre Einheit bezahlen mußten war sehr hoch. Anfangs diente sie als Vorwand, von den Kommunisten unabhängige Aktivitäten für illegal zu erklären, später wurde so die Gewerkschaftsbewegung entmündigt und zu einem Mittel zum Zweck instrumentalisiert. Von Anfang an waren alle Deklaration über ihre Unabhängigkeit eine Fiktion. In den 70-er Jahren kam es zu einem Aufsehen er-

⁵⁹ K. Turowski, *Historia...*, s. 518-519; A. Andrusiewicz, *Stronnictwo Pracy 1937-1950*, Warszawa 1988, s. 363-364.

⁶⁰ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/144, Układ polityczny w zarządach głównych (1945 r.), s. 21-22; W. Sokorski, *Niezależność i samorządność w ruchu zawodowym*, Warszawa 1989, s. 7.

regenden Meinungsstreit zwischen dem Parteihistoriker Władysław Ratyński und dem mehrfach erwähnten Kazimierz Witaszewski (der damals bereits Altersrentner war). Auf offizielle Deklaration gestützt, stellte Ratyński die These auf, daß die in den ersten Nachkriegsjahren für das Wirken der Gewerkschaften geltenden ideologischen Prinzipien mit sozialdemokratischen Traditionen übereinstimmten, die von der PPS vertreten wurden. Witaszewski war hingegen der Meinung, daß die damals propagierten Prinzipien von der „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaften nur die gesellschaftliche und politische Lage reflektierten und sich vornehmlich aus dem Wunsch der Kommunisten ergaben, ein wirksames Instrument zu schaffen, „an breite Kreise der Gesellschaft heranzukommen“, sie für die „im Land vor sich gehenden Umgestaltungen zu gewinnen“ und „Wege zur Bildung von rechtsgerichteten Gewerkschaften zu verbauen“. Die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den Gewerkschaften kennzeichnete er so: „Die PPR war für uns die führende Kraft bei allen Aktionen und Umgestaltungen, also auch die politische Leitung der Gewerkschaftsbewegung. Weil sie die Bedeutung der Gewerkschaften für eine Mobilisierung der Massen richtig einschätzte, delegierte sie in diesen Kampfbereich viele ihrer Funktionäre, um mit ihrer Hilfe die Tätigkeit der Gewerkschaften zu lenken und deren politischen Kurs zu gewährleisten“⁶¹. Dieses Modell war – so scheint es – ungeachtet verschiedener Deklarationen im Grunde genommen mit den aus der Vorkriegszeit stammenden kommunistischen Konzeptionen identisch. Danach waren die Gewerkschaften kein eigenständiges subjektives Element des gesellschaftlichen Lebens, sondern nur ein Instrument, um bestimmte politische und wirtschaftliche Ziele durchzusetzen.

⁶¹ W. Ratyński, *Partia a ruch zawodowy w Polsce Ludowej*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego“ 1975 nr 2(54), s. 35-36; Omówienie dyskusji, s. 73-74; K. Witaszewski, *Uwagi w sprawie referatu dr. W. Ratyńskiego „Partia a ruch zawodowy w Polsce Ludowej”*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego“ 1975 nr 3(55), s. 113-117; W. Ratyński, *W odpowiedzi tow. Kazimierzowi Witaszewskiemu*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego“ 1975 nr 4(56), s. 107-109.